

# SATZUNG

der Verbandsgemeinde Konz

über die Erhebung von Entgelten für die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung  
- Entgeltsatzung Wasserversorgung -  
vom 11.02.2009

einschließlich 1. Änderungssatzung vom 22.12.2009 der 2. Änderungssatzung vom 30.01.2014.  
der 3. Änderungssatzung vom 18.11.2016, der 4. Änderungssatzung vom 07.05.2018 sowie der 5.  
Änderungssatzung vom

Der Verbandsgemeinderat Konz hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO), der §§ 2, 7, 13  
des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht  
wird:

## INHALTSÜBERSICHT

|   |           |
|---|-----------|
| <b>I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen</b>  | <b>2</b>  |
| § 1 Abgabearten   | 2         |
| <b>II. Abschnitt: Einmaliger Beitrag</b>  | <b>2</b>  |
| § 2 Beitragsfähige Aufwendungen   | 2         |
| § 3 Gegenstand der Beitragspflicht  | 2         |
| § 4 Ermittlungsgrundsätze und Ermittlungsgebiet   | 3         |
| § 5 Beitragsmaßstab   | 3         |
| § 6 Entstehung des Beitragsanspruches   | 5         |
| § 7 Vorausleistungen  | 5         |
| § 8 Ablösung  | 5         |
| § 9 Beitragsschuldner   | 6         |
| § 10 Veranlagung und Fälligkeit   | 6         |
| <b>III. Abschnitt: Laufende Entgelte</b>  | <b>6</b>  |
| § 11 Entgeltsfähige Kosten  | 6         |
| § 12 Erhebung wiederkehrender Beiträge und Benutzungsgebühren   | 6         |
| § 12 Erhebung wiederkehrender Beiträge  | 7         |
| § 13 Erhebung wiederkehrender Beiträge / Beitragsmaßstab  | 7         |
| § 13 Entstehung des Beitragsanspruches  | 7         |
| § 14 Vorausleistungen   | 8         |
| § 15 Veranlagung und Fälligkeit   | 8         |
| § 16 § 12 Erhebung Benutzungsgebühren   | 8         |
| § 17 § 15 Gegenstand der Gebührenpflicht  | 8         |
| § 18 § 14 Benutzungsgebührenmaßstab   | 8         |
| § 19 § 16 Entstehung der Entgeltansprüche   | 9         |
| § 20 § 17 Vorausleistungen  | 9         |
| § 21 § 18 Gebührenschuldner   | 9         |
| § 22 § 19 Fälligkeiten  | 9         |
| <b>IV. Abschnitt: Verwaltungsgebühren und Aufwendungsersatz</b>   | <b>10</b> |
| § 23 § 20 Verwaltungsgebühren für die Genehmigung des Anschlusses an die öffentliche<br>Wasserversorgungseinrichtung und der Inbetriebsetzung/Wiederinbetriebsetzung der Kundenanlage | 10        |
| § 24 § 21 Aufwendungsersatz   | 10        |
| § 25 § 22 Aufwendungsersatz für Grundstücksanschlüsse   | 11        |
| <b>V. Abschnitt: Umsatzsteuer und Inkrafttreten</b>   | <b>11</b> |
| § 26 § 23 Umsatzsteuer  | 11        |
| § 27 § 24 Inkrafttreten   | 11        |

## I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

### § 1 Abgabearten

- (1) Die Verbandsgemeinde betreibt in Erfüllung ihrer Aufgabenpflicht die Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Verbandsgemeinde erhebt:
  1. Einmalige Beiträge zur Deckung von Investitionsaufwendungen für die **erstmalige Herstellung** und die **flächenmäßige Erweiterung** nach § 2 dieser Satzung.
  2. Laufende Entgelte zur Deckung der laufenden Kosten, einschließlich der investitionsabhängigen Kosten in Form von wiederkehrenden Beiträgen und in Form von Benutzungsgebühren gemäß § 12 dieser Satzung.
  3. Verwaltungsgebühren nach § 20 dieser Satzung.
  4. Aufwendungsersätze nach den §§ 21 und 22 dieser Satzung.
- (3) Die Abgabensätze werden durch Beschluss des Verbandsgemeinderates festgesetzt und ortsüblich bekanntgemacht.

## II. Abschnitt: Einmaliger Beitrag

### § 2 Beitragsfähige Aufwendungen

- (1) Die Verbandsgemeinde erhebt einmalige Beiträge für die auf die Wasserversorgung entfallenden Investitionsaufwendungen für die erstmalige Herstellung **und die flächenmäßige Erweiterung**, soweit diese nicht bereits durch Zuschüsse, Zuwendungen oder auf andere Weise gedeckt sind.
- (2) Bei der Erhebung von einmaligen Beiträgen sind beitragsfähig:
  1. die Aufwendungen für Straßenleitungen (Ortsnetze),
  2. die Aufwendungen für die Verlegung der Anschlussleitungen zu den einzelnen Grundstücken im öffentlichen Verkehrsraum nach **§ 26 §22** Abs. 1 dieser Satzung. Soweit sich die **Straßenleitungen** außerhalb von Verkehrsflächen befinden (z.B. auf Grundstücken), werden die Aufwendungen für die vorbereitende Verlegung der Anschlussleitungen in der jeweils erforderlichen Länge als beitragsfähiger Aufwand berücksichtigt.
  3. die Aufwendungen für die Beschaffung von Grundstücken und für den Erwerb von Rechten an Grundstücken Dritter sowie der Wert der von der Verbandsgemeinde aus Ihrem Vermögen bereitgestellten Grundstücksflächen im Zeitpunkt der Bereitstellung,
  4. die bewerteten Eigenleistungen der Verbandsgemeinde, die diese zur Herstellung der Einrichtung oder Anlage aufwenden muss,
  5. die Aufwendungen, die Dritten, deren sich die Verbandsgemeinde bedient, entstehen.Für die übrigen entgeltfähigen Aufwendungen werden keine einmaligen Beiträge erhoben.

### § 3 Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, für die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit der Inanspruchnahme der öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung oder –anlage oder selbständig nutzbarer Teile hiervon besteht und

**Kommentiert [GW1]:** Änderung aufgrund Urteil OVG erforderlich, da Erstmalige Herstellung noch nicht abgeschlossen

**Kommentiert [GW2]:** Anpassung an geänderte Nummerierung

- a. für die eine bauliche, gewerbliche oder vergleichbare Nutzung festgesetzt und eine entsprechende Nutzung zulässig ist, oder
  - b. die, soweit eine bauliche, gewerbliche oder vergleichbare Nutzung nicht festgesetzt ist, nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen oder gewerblich oder in sonstiger Weise genutzt werden können.
  - c. Mehrere **nebeneinander liegende unmittelbar aneinander angrenzende** Grundstücke **werden** für die Festsetzung von Beiträgen bei gleichen Eigentumsverhältnissen als einheitliches Grundstück behandelt, wenn sie eine wirtschaftliche Einheit darstellen.
- (2) Werden Grundstücke an eine öffentliche Wasserversorgungseinrichtung angeschlossen, so unterliegen sie auch der Beitragspflicht, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Werden Grundstücke nach der Entstehung einmaliger Beiträge durch weitere selbstständig nutzbare Einrichtungsteile erschlossen und entsteht dadurch für baulich nutzbare Grundstücksteile ein weiterer Vorteil, sind diese Grundstücksteile beitragspflichtig, soweit sie nicht bereits zu einmaligen Beiträgen herangezogen wurden.
- (4) Werden nachträglich baulich nutzbare Grundstücke gebildet oder wird nachträglich die Möglichkeit geschaffen sie anzuschließen, entsteht damit der Beitragsanspruch.
- (5) Werden Grundstücke oder Grundstücksteile nach der Entstehung der Beitragspflicht erstmals baulich nutzbar und entsteht hierdurch ein Vorteil, sind diese Grundstücke oder Grundstücksteile beitragspflichtig.

**Kommentiert [GW3]:** redaktionelle Änderungen

#### § 4

#### Ermittlungsgrundsätze und Ermittlungsgebiet

- (1) Der Beitragssatz wird als Durchschnittssatz aus den Investitionsaufwendungen nach § 2 Abs. 2 ermittelt.
- (2) **Das Ermittlungsgebiet für die Berechnung der Beitragssätze für die erste Herstellung bilden alle Grundstücke und Betriebe, für die die Verbandsgemeinde bis zum 31. Dezember 2000 die Wasserversorgung im Rahmen ihrer ersten Herstellung fertiggestellt hat und plangemäß betreibt. Das Ermittlungsgebiet für die Berechnung der Beitragssätze für die flächenmäßige Erweiterung bilden alle Grundstücke und Betriebe, für die die Verbandsgemeinde ab dem 01. Januar 2001 die Wasserversorgung im Rahmen der flächenmäßigen Erweiterung errichtet und plangemäß betreibt.**

**Kommentiert [GW4]:** siehe § 1

#### § 5

#### Beitragsmaßstab

- (6) **Beitragsmaßstab** für die Wasserversorgung ist die **nach Abs. 2 ermittelte** Grundstücksfläche **mit** Zuschlägen für Vollgeschosse. Der Zuschlag je Vollgeschoß beträgt **20 v.H.** Für die ersten zwei Vollgeschosse beträgt der Zuschlag einheitlich **40 v.H.**
- (1) Als Grundstücksfläche nach Abs. 1 gilt:
1. In beplanten Gebieten die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur teilweise überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil unter Berücksichtigung der Tiefenbegrenzung **nach Nr. 2** noch dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gelten diese Flächen des Buchgrundstücks auch als Grundstücksfläche. **Hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend.**
  2. Enthält ein Bebauungsplan nicht die erforderlichen Festsetzungen, sieht er eine andere als die bauliche, gewerbliche oder industrielle Nutzung vor oder liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB), sind zu berücksichtigen:
    - a) Bei Grundstücken, die **unmittelbar** an eine Verkehrsanlage angrenzen, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von **35 m**.
    - b) Bei Grundstücken, die nicht **unmittelbar** an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser aber durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang, der durch Baulast oder dingliches Recht gesichert ist, verbunden sind, die Fläche zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von **35 m**.

**Kommentiert [GW5]:** zur Klarstellung

Grundstücksteile, die ausschließlich eine wegemäßige Verbindung darstellen, bleiben bei der Bestimmung der tiefenmäßigen Begrenzung und bei der Ermittlung der Grundstücksfläche unberücksichtigt.

3. Bei Grundstücken, die über die Begrenzung nach Nr. 1 – 2 hinausgehen, zusätzlich die Grundflächen der hinter der Begrenzung an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Baulichkeiten, geteilt durch 0,4.

Soweit die so ermittelte Grundstücksfläche größer als die tatsächliche Grundstücksfläche ist, wird die tatsächliche Grundstücksfläche zugrunde gelegt.

4. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Freibad festgesetzt ist, oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) oder im Außenbereich tatsächlich so genutzt werden, die Grundfläche der an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Baulichkeiten, geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2.

5. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz, Festplatz, Freizeitanlage oder Friedhof festgesetzt ist, oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) oder im Außenbereich tatsächlich so genutzt werden, die Grundstücksfläche multipliziert mit 0,1.

6. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Campingplatz oder Wochenendhausgebiet festgesetzt ist, oder die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) oder im Außenbereich tatsächlich so genutzt werden, wird für jeden Standplatz eine Grundfläche von 20 m<sup>2</sup> und für jedes Wochenendhaus eine Grundfläche von 40 m<sup>2</sup> angesetzt.

Die Summe der sich hieraus ergebenden Grundflächen wird zur Berechnung der beitragspflichtigen Grundstücksfläche, unabhängig von einer tatsächlichen Nutzung der Wasserversorgungseinrichtung durch die einzelnen Standplätze, durch die Grundflächenzahl 0,4 geteilt.

7. Bei Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), für die durch Planfeststellung eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist (z.B. Abfalldeponie), die Fläche des Grundstücks, auf die sich die Planfeststellung bezieht.
8. Bei den übrigen bebauten Grundstücken im Außenbereich (§ 35 BauGB), die Grundfläche der an die Wasserversorgungsanlage angeschlossenen Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2.

Soweit die so nach Nrn. 3, 4, 6, und 8 ermittelte Grundstücksfläche größer als die tatsächliche Grundstücksfläche ist, wird die tatsächliche Grundstücksfläche zugrunde gelegt.

(2) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt:

1. Die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse wird zugrundegelegt.

2. Hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend.

2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern nur eine Baumassenzahl oder nur die Höhe der baulichen Anlagen festgesetzt ist, gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl bzw. die durch 3,5 ... geteilte höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so gilt die höchstzulässige Traufhöhe. Ist nur die höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe festgesetzt, so gilt die Trauf- bzw. Firsthöhe geteilt durch 3,5 als Zahl der Vollgeschosse. Sind sowohl Trauf- als auch Firsthöhe festgesetzt, so wird mit der höchstzulässigen Traufhöhe gerechnet. Soweit der Bebauungsplan keine anderen Festsetzungen trifft, gilt als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist ausgehend vom Ursprungsgelände in der Gebäudemitte zu messen.

3. Soweit kein Bebauungsplan besteht oder in dem Bebauungsplan weder die Zahl der Vollgeschosse noch die Baumassenzahl bzw. die Trauf- oder Firsthöhe bestimmt sind, gilt:

a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse oder, soweit Bebauungsplanfestsetzungen für diese Grundstücke erfolgt sind, die dort festgesetzten oder nach Nr. 2 berechneten Vollgeschosse.

**Kommentiert [GW6]:** doppelte Regelung (siehe am Ende von Abs. 2)

**Kommentiert [GW7]:** zur Klarstellung

**Kommentiert [GW8]:** zur Klarstellung

- b) bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von zwei Vollgeschossen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.

Bei Grundstücken, die gewerblich und/oder industriell genutzt werden, ist die tatsächliche Traufhöhe geteilt durch 3,5 anzusetzen, wenn die sich ergebende Zahl größer ist als diejenige in Buchstabe a). Die Höhe ist ausgehend vom Ursprungsgelände in der Gebäudemitte zu messen.

4. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebietem tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe, **Wochenendhäuser**), wird abweichend von Absatz 2 Satz 2, 2. Halbsatz, ein Vollgeschoss angesetzt.
5. Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse, oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, abweichend von Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz, ein Vollgeschoss.
6. Für Grundstücke im Außenbereich (§ 35 BauGB) gilt:
- a) Liegt ein Grundstück im Außenbereich, bestimmt sich die Zahl der Vollgeschosse nach der genehmigten oder bei nicht genehmigten, aber geduldeten Bauwerken nach der tatsächlichen Bebauung.
- b) Bei Grundstücken im Außenbereich, für die durch Planfeststellungsbeschluss eine der baulichen Nutzung vergleichbare Nutzung zugelassen ist, wird, bezogen auf die Fläche nach Abs.3 Nr. 7, abweichend von Absatz 2, Satz 2, 2. Halbsatz, ein Vollgeschoss angesetzt.
7. **Ist die Zahl der Vollgeschosse der tatsächlich vorhandenen oder genehmigten Bebauung größer als die sich nach Nr. 1 bis 6 ergebende Zahl, ist die höhere Zahl maßgeblich. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn aufgrund der tatsächlich vorhandenen Bebauung die Zahl der Vollgeschosse nach den vorstehenden Regelungen überschritten wird.**
8. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.
9. Es gelten nur Vollgeschosse im Sinne der Landesbauordnung.

Kommentiert [GW9]: redaktionelle Änderung

- (3) Ergeben sich bei der Ermittlung der Berechnungsgrundlagen Bruchzahlen, werden diese auf ganze Zahlen abgerundet.

## § 6 Entstehung des Beitragsanspruches

- (1) Der Beitragsanspruch entsteht, sobald die Einrichtung oder Anlage vom Beitragsschuldner in Anspruch genommen werden kann. Die Vorschriften des § 3 Absatz 2 bis 5 bleiben unberührt.

## § 7 Vorausleistungen

- (1) Ab Beginn einer Maßnahme **werden können** von der Verbandsgemeinde Vorausleistungen **bis** zur Höhe des voraussichtlichen Beitrages festgesetzt **werden**.
- (2) Vorausleistungen können auch in mehreren Raten verlangt werden.

Kommentiert [GW10]: redaktionelle Änderung

## § 8 Ablösung

Vor Entstehung des Beitragsanspruches kann die Ablösung des einmaligen Beitrages vereinbart werden. Der zum Zeitpunkt der Ablösung geltende Beitragssatz wird der Ablösung zugrunde gelegt.

### § 9 Beitragsschuldner

- (1) Schuldner von einmaligen Beiträgen sind die Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigten der beitragspflichtigen Grundstücke zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides.
- (2) Mehrere Entgeltsschuldner sind Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil Beitragsschuldner.

### § 10 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die einmaligen Beiträge und Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und **drei** Monate nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

(2) Der Beitragsbescheid enthält:

1. die Bezeichnung des Beitrages,
2. den Namen des Beitragsschuldners,
3. die Bezeichnung des Grundstückes,
4. den zu zahlenden Betrag,
5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und
8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.

**Kommentiert [GW11]:** kann entfallen, da bereits in der Abgabenordnung (AO) so geregelt ist.

## III. Abschnitt: Laufende Entgelte

### § 11 Entgeltfähige Kosten

- (1) Die Verbandsgemeinde erhebt zur Abgeltung der investitionsabhängigen Aufwendungen (Abschreibungen und Zinsen), soweit diese nicht durch die Erhebung einmaliger Beiträge nach § 2 finanziert sind, sowie zur Abgeltung der übrigen Kosten der Einrichtung oder Anlage Gebühren und wiederkehrende Beiträge. Die wiederkehrenden Beiträge sowie die Benutzungsgebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (2) Die Kostenermittlung erfolgt auf der Grundlage der voraussichtlichen jährlichen Kosten.
- (3) Bei der Erhebung laufender Entgelte sind entgeltfähig:
  1. Kosten für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung,
  2. Abschreibungen,
  3. Zinsen,
  4. Steuern und
  5. sonstige Kosten.
- (4) Der Anteil der entgeltfähigen Kosten, der durch wiederkehrende Beiträge finanziert ist, bleibt bei der Ermittlung der Gebühren unberücksichtigt. Dies gilt entsprechend für wiederkehrende Beiträge, soweit entgeltfähige Kosten durch Gebühren finanziert sind.

### § 12 Erhebung wiederkehrender Beiträge und Benutzungsgebühren

**Kommentiert [GW12]:** Trennung der Bestimmungen zwischen Benutzungsgebühren und WKB

- (1) Im gesamten Versorgungsgebiet wird der **wiederkehrende Beitrag** für die Möglichkeit des Bezuges von Trink-, Brauch- und Betriebswassers und die **Benutzungsgebühr** für den Bezug von Trink-, Brauch- und Betriebswasser erhoben.
- (2) Von den entgeltfähigen Kosten (§ 11) werden Anteile als wiederkehrender Beitrag und im Übrigen als Benutzungsgebühren erhoben. Die Anteile werden in der Entgeltskalkulation ausgewiesen und vom Verbandsgemeinderat im Zuge der Beschlussfassung über die Entgeltsätze festgesetzt und in der Haushaltssatzung festgesetzt.
- (3) Soweit nach § 2 einmalige Beiträge erhoben wurden, werden diese mit dem betriebsgewöhnlichen, durchschnittlichen Abschreibungssatz aufgelöst.

### § 12

#### Erhebung wiederkehrender Beiträge

- (1) Der wiederkehrende Beitrag wird für die Möglichkeit des Bezuges von Trink-, Brauch- und Betriebswasser erhoben.
- (2) Der Beitragssatz ist im gesamten Gebiet des Einrichtungsträgers einheitlich.
- (3) Der wiederkehrende Beitrag wird nach dem in der Haushaltssatzung ausgewiesenen Verhältnis zu den Gebühren erhoben.
- (4) Die Bestimmungen des § 3 Abs. 1 und 2 und der §§ 5 und 9 finden entsprechende Anwendung.
- (5) Soweit nach § 2 einmalige Beiträge erhoben wurden, werden diese mit dem betriebsgewöhnlichen, durchschnittlichen Abschreibungssatz aufgelöst.

**Kommentiert [GW13]:** separater Paragraph, bisher in § 12 geregelt

### § 13

#### Erhebung wiederkehrender Beiträge / Beitragsmaßstab

- (1) Der wiederkehrende Beitrag wird für die Möglichkeit des Bezuges von Trink-, Brauch- und Betriebswassers erhoben.
- (2) Der Beitragssatz ist im gesamten Gebiet des Einrichtungsträgers einheitlich.
- (3) In der Haushaltssatzung wird der Vom Hundert-Satz der entgeltfähigen Kosten (§ 11) festgesetzt, der als wiederkehrender Beitrag erhoben wird.
- (4) Auf den wiederkehrenden Beitrag finden die Bestimmungen des § 3 Abs. 1 u. 2 und § 5 (=Beitragsmaßstab) entsprechende Anwendung.
- (5) Soweit nach § 2 einmalige Beiträge erhoben wurden, werden diese mit dem betriebsgewöhnlichen, durchschnittlichen Abschreibungssatz aufgelöst.

### § 13

#### Entstehung des Beitragsanspruches

- (1) Der Beitragsanspruch entsteht mit Ablauf des 31.12. für das abgelaufene Jahr.
- (2) Wechselt der Beitragsschuldner während des Jahres, entsteht der Anspruch damit für den abgelaufenen Teil des Jahres. Bis zur Anzeige des Wechsels sind der bisherige und der neue Beitragsschuldner Gesamtschuldner.

**Kommentiert [GW14]:** eigener Paragraph mit den Regelungen für WKB, bisher mit Benutzungsgebühren zusammen

**§ 14****Vorausleistungen**

(1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes werden von der Verbandsgemeinde Vorausleistungen auf wiederkehrende Beiträge erhoben.

(2) Vorausleistungen können auch in mehreren Raten verlangt werden. Werden Vorausleistungen in Raten erhoben, erfolgt die Erhebung mit je einem Viertel des Vorjahresbetrages zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November des laufenden Jahres.

Werden Vorausleistungen in Raten erhoben, erfolgt die Erhebung entsprechend dem Vorjahresbetrag oder entsprechend dem voraussichtlichen Betrag für das laufende Jahr.

Kommentiert [GW15]: siehe § 13

**§ 15****Veranlagung und Fälligkeit**

(1) Die wiederkehrenden Beiträge und Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig; § 14 Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Die Verbandsgemeinde setzt die Erhebungsgrundlagen für die wiederkehrenden Beiträge durch Grundlagenbescheide gesondert fest. Die Grundlagenbescheide richten sich gegen den Beitragspflichtigen.

(3) Der Beitragsschuldner wirkt bei der Ermittlung der für die Beitragsfestsetzung erforderlichen Sachverhalte mit. Bei ausbleibenden Angaben (Erhebungsformular) können die Veranlagungsgrundlagen geschätzt werden.

Kommentiert [GW16]: siehe § 13

**§ 16 §-12****Erhebung Benutzungsgebühren**

(1) Die Benutzungsgebühr wird für den Bezug von Trink-, Brauch- und Betriebswasser erhoben.

(2) Der Gebührensatz ist im gesamten Gebiet des Einrichtungsträgers einheitlich.

(3) Die Gebühren werden nach dem in der Haushaltssatzung ausgewiesenen Verhältnis zum wiederkehrenden Beitrag erhoben.

(4) Soweit nach § 2 einmalige Beiträge erhoben wurden, werden diese mit dem betriebsgewöhnlichen, durchschnittlichen Abschreibungssatz aufgelöst.

Kommentiert [GW17]: Trennung der Bestimmungen zwischen Benutzungsgebühren und WKB

**§ 17 §-15****Gegenstand der Gebührenpflicht**

Der Gebührenpflicht unterliegen alle Grundstücke, die an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung angeschlossen sind.

**§ 18 §-14****Benutzungsgebührenmaßstab**

(1) Die Benutzungsgebühr wird nach einem die tatsächliche Inanspruchnahme berücksichtigenden Maßstab erhoben.

(2) Maßstab für die Benutzungsgebühr ist der über einen geeichten Wasserzähler gemessene Wasserverbrauch.



- (3) Soweit ein Wasserzähler nicht oder nicht richtig anzeigt, wird die Wassermenge von der Verbandsgemeinde unter Zugrundelegung des Vorjahresverbrauches und unter Beachtung der begründeten Angaben des Gebührenschuldners geschätzt.

### § 19 §-16

#### Entstehung der Entgeltansprüche

- (1) Die Gebührenansprüche und der Beitragsanspruch wiederkehrender Beitrag entstehen mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.
- (2) Wechselt der Gebührenschuldner / Beitragsschuldner während des Jahres, entsteht der Anspruch damit für den abgelaufenen Teil des Jahres. Bis zur Anzeige des Wechsels sind der bisherige und der neue Entgeltschuldner Gesamtschuldner.

### § 20 §-17

#### Vorausleistungen

- (1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes können von der Verbandsgemeinde Vorausleistungen auf die laufenden Entgelte verlangt werden. Die Höhe richtet sich nach der Entgeltschuld des Vorjahres oder dem voraussichtlichen Entgelt für das laufende Jahr.
- (2) Vorausleistungen werden mit je einem Viertel des Betrages nach Absatz 1 Satz 2 am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November erhoben.

### § 21 §-18

#### Gebührenschuldner

- (1) ~~Gebührenschuldner sind die Grundstückseigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten. Miteigentümer oder mehrere aus gleichem Grunde Berechtigte sind Gesamtschuldner.~~
- (2) Abweichend von Abs. 1 ist bei Wohnungs- und Teileigentum unter der Voraussetzung, dass jeweils ein eigener Wasserzähler vorhanden ist, jeder einzelne Wohnungs- und Teileigentümer Gebührenschuldner.
- (3) Miteigentümer oder mehrere aus gleichem Grund Berechtigte sind Gesamtschuldner.

Kommentiert [GW18]: wird zu Abs. 3

Kommentiert [GW19]: zur Klarstellung

### § 22 §-19

#### Fälligkeiten

Die Gebühren werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig; § 20 Absatz 2 bleibt unberührt.

Kommentiert [GW20]: redaktionelle Änderung

(1) Die laufenden Entgelte und Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig; § 17 Absatz 2 bleibt unberührt.

(2) Der Bescheid enthält:

1. die Bezeichnung des Entgelts,
2. den Namen des Entgeltschuldners,
3. die Bezeichnung des Grundstückes,
4. den zu zahlenden Betrag,
5. den Entgeltsatz und die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
7. die Eröffnung, dass der Beitrag/die Gebühr als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und eine Rechtsbehelfsbelehrung.

Kommentiert [GW21]: kann entfallen, da bereits in der Abgabenordnung (AO) so geregelt ist.

(3) Die Grundlagen für die Festsetzung wiederkehrender Beiträge werden durch besonderen Bescheid (Feststellungsbescheid) festgestellt. Der Feststellungsbescheid richtet sich gegen den

Kommentiert [GW22]: enthalten in § 15

**Beitragspflichtigen.**

- (4) Der Beitragsschuldner wirkt bei der Ermittlung der für die Beitragsfestsetzung erforderlichen Sachverhalte mit. Bei ausbleibenden Angaben (z.B. Erhebungsformular) können die Veranlagungsgrundlagen geschätzt werden.

**Kommentiert [GW23]:** enthalten in § 15

**IV. Abschnitt: Verwaltungsgebühren und Aufwändungsersatz****§ 23 §-20**

**Verwaltungsgebühren für die Genehmigung des Anschlusses an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung und der Inbetriebsetzung/Wiederinbetriebsetzung der Kundenanlage**

- (1) Für die Genehmigung des Anschlusses an die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung nach § 9 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung und für die Inbetriebsetzung/ Wiederinbetriebsetzung der Kundenanlage nach § 24 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung erhebt die Verbandsgemeinde eine Verwaltungsgebühr.
- (2) Die Höhe der Gebühr errechnet sich aus den tatsächlich aufgewendeten Zeitanteilen und Stundenwerten entsprechend dem Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 28.12.1995 über die Richtwerte für die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes bei der Festsetzung nach dem Landesgebührengesetz zu erhebenden Verwaltungs- und Benutzungsgebühren.
- Diese werden auf der Basis der jährlichen Ermittlung „Kosten eines Arbeitsplatzes“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, Köln (KGST) ermittelt.
- Bei der Festsetzung von Pauschalgebühren sind die Vorschriften nach Satz 1 entsprechend zu berücksichtigen.
- (3) Die Gebühr wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und wird 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (4) Gebühr wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und ist 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (5) Gebührensschuldner ist der Adressat der Genehmigung. Die Verbandsgemeinde kann eine Vorausleistung auf die Verwaltungsgebühr erheben.

**Kommentiert [GW24]:** Anpassung an die Praxis

**Kommentiert [GW25]:** Anpassung an die Regelungen der Entgeltsatzung Abwasser

**§ 24 §-21****Aufwändungsersatz**

- (1) Die Verbandsgemeinde erhebt für die Herstellung, Änderung (insbesondere Stilllegung, Abtrennen, Umlegen) der Grundstücksanschlüsse gemäß § 10 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung der Verbandsgemeinde Konz Aufwändungsersatz von den Eigentümern der Grundstücke.
- (2) Die Verbandsgemeinde erhebt für die Wiederaufnahme der Wasserversorgung nach zuvor erfolgter Einstellung der Wasserlieferung Aufwändungsersatz für die Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung gem. § 14 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung von den Eigentümern der Grundstücke.
- (3) Die Verbandsgemeinde erhebt für den Anschluss von Anlagen zum Bezug von Bauwasser sowie für die Entfernung des Bauwasseranschlusses gem. § 16 Abs. 3 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung Aufwändungsersatz von den Eigentümern der Grundstücke.
- (4) Die Verbandsgemeinde erhebt für die zeitweilige Absperrung eines Grundstücksanschlusses und für die mit der Wiederinbetriebnahme verbundenen Maßnahmen gem. § 17 Abs. 5 der allgemeinen Wasserversorgungssatzung Aufwändungsersatz von den Eigentümern der Grundstücke.

- (5) Die Verbandsgemeinde erhebt für die Nachprüfung des Wasserzählers gem. § 19 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung Aufwändungsersatz von den Eigentümern der Grundstücke, soweit eine Abweichung der gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen nicht festgestellt wird.
- (6) Die Verbandsgemeinde erhebt für die Errichtung und Verlegung von Messeinrichtungen sowie die Errichtung von Wasserzählerschächten und Wasserzählerschränken gem. § 22 der Allgemeinen Wasserversorgungssatzung Aufwändungsersatz von den Eigentümern der Grundstücke.
- (7) Der Aufwändungsersatz für die Absätze 1 bis 6 bemisst sich nach den Kosten, die der Verbandsgemeinde - insbesondere auch durch die Inanspruchnahme Dritter - entstehen.
- (8) Der Aufwändungsersatz wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und wird 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

**§ 25    ~~§-22~~**

**Aufwändungsersatz für Grundstücksanschlüsse**

- (1) Die beitragsfähigen Aufwendungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 umfassen die Aufwendungen im öffentlichen Verkehrsraum für die Herstellung einer Anschlussleitung je Grundstück.
- (2) Die Aufwendungen für die Herstellung zusätzlicher Grundstücksanschlussleitungen, soweit sie innerhalb des öffentlichen Verkehrsraumes verlegt werden, sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.
- (3) Aufwendungen für Änderungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an Grundstücksanschlüssen, die von dem Grundstückseigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigten verursacht wurden, sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.
- (4) Soweit Aufwendungen für die Herstellung von Grundstücksanschlüssen im öffentlichen Verkehrsraum nicht in die beitragsfähigen Aufwendungen einbezogen worden sind und die Anschlüsse noch nicht betriebsfertig hergestellt wurden, sind die Aufwendungen in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.
- (5) Aufwendungen für die Herstellung und Erneuerung von Grundstücksanschlussleitungen außerhalb des öffentlichen Verkehrsraumes sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten. § 2 Abs. 2, Satz 2, bleibt unberührt.
- (6) Erstattungspflichtig ist, wer bei Fertigstellung, Änderung oder Unterhaltung Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.
- (7) Vor Durchführung der Maßnahme kann eine Vorauszahlung bis zur Höhe der geschätzten Baukosten verlangt werden.
- (8) Der Aufwändungsersatz wird durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und ist 14 Tage nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

**V. Abschnitt: Umsatzsteuer und Inkrafttreten**

**§ 26    ~~§-23~~**

**Umsatzsteuer**

Soweit die in dieser Satzung festgelegten Entgelte der Umsatzsteuer unterliegen, ist diese in der jeweils gesetzlich festgelegten Höhe hinzuzurechnen.

**§ 27    ~~§-24~~**

**Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am 01. Januar 2009 in Kraft.

- (2) Gleichzeitig treten außer Kraft die Satzung über die Erhebung von Entgelten für die öffentliche Wasserversorgungseinrichtung der Verbandsgemeinde Konz vom 17. April 1996 sowie die hierzu ergangene Änderungssatzung vom 23. März 2001.
- (3) Soweit Abgabenansprüche nach den aufgrund von Absatz 2 aufgehobenen Satzungen entstanden sind, gelten die bisherigen Regelungen weiter.

**Konz, den 11.02.2009**  
**Konz, den 22.12.2009**  
**Konz, den 30.01.2014**  
**Konz, den 18.11.2016**  
**Konz, den 07.05.2018**  
**Konz, .....2021**

**Verbandsgemeinde Konz**

**Joachim Weber**  
**Bürgermeister**